

... war es uns un-
zu verabschieden und
eben Bekannten ein

wohl.
mit Familie.

... en.

... gung.

... ere liebe Gattin,
... nter und Groß-
... gebettet haben,
... die ihr während
... nzeit Liebe, und
... Gang Teilnahme
... fern tiefgeföhnten,
... anzusprechen.

... ll und Rall.

... Heute Dienstag
... Männerabend
(Wunderbare Kleider).

... Nagold.
... Empfehle
... best eingemachte

... Sauerkraut
... pr. Vld. 10 S. sowie

... Erfurter
... Samen und
... Stiefzwiebel

... Ludwig Keek
... Obst und Gemüse
... Telefon 76.

... Felsbauern.

... Runkel-
... Samen

... 1812
... E. Rugler.

... Geschenke

... feine Briefpapier-
... Packungen
... -Kassetten
... -Blöcke

... mit Namen-Ausdruck
... Schreibmappen
... Briefstaschen
... Schreibzeuge
... Schreibgarnituren
... Füllhalter
... ff. Drehstifte

... G. W. Zaiser
... Buchhandlung.

... Bestecke ein guterhol-
... 1380

... Bett

... mit Koff u. Bettlade
... wie sonstige Haushalts-
... gegenstände.
... Wie? In die Gesch-
... eile 18. Bl.

Bezugs-Preise
Monat, einst. 1.60
Lehrgeld 4.1.60
Einzelnummer 10 S
Erscheint an
jed. Werktag
Verbreitete Zeitung
im M.-Bez. Nagold
In Füllen hoh Gewalt
besteht kein Anspruch
auf Lieferung d. Zeitg.
oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises.
Telegramm - Adressen:
Gesellschafter Nagold.
Verlags-Konto
Stuttgart 5113.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit den illustr. Unterhaltungs-Beilagen
„Feierstunden“ „Unsere Heimat“
Nagolder Tagblatt mit der landwirtschaftlichen Beilage
Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Schiffelung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold

Nr. 70

Begründet 1826.

Mittwoch den 25. März 1925

Preisprophet Nr. 29.

99. Jahrgang

Tagespiegel

Dr. Jarres hatte in München mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, dem Präsidentschaftskandidaten der Bayerischen Volkspartei, eine Unterredung, die sich auf die Stellung der Partei im zweiten Wahlgang bezogen haben soll. — Die Kandidatur Ludendorff wird für den ersten Wahlgang aufrechterhalten.

Die Opposition des bayerischen Landtags, Landbund, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei kündigten gegen die Weimarer Koalition der Regierung scharfe Opposition und das Bestreben zur Landtagsauflösung an.

Im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen die Treuhänder: Landesbank-Beauftragte wurden drei verschiedenen Beamten Hausdurchsuchungen vorgenommen und drei von ihnen vor dem Untersuchungsrichter verhaftet. Herr von Carlewitz wurde unter der Beschuldigung der Untreue, des Betrugs und der Urkundenfälschung verhaftet.

Londoner Blätter denken an, daß die scharfe Erklärung, die Chamberlain im Völkerverbund in Genf gegen das Genier Protokoll und den Völkerverbund abgegeben mußte, hauptsächlich auf den längst verstorbenen Lord Curzon zurückzuführen sei, der im englischen Kabinett einen großen Einfluß auf die Außenpolitik ausgeübt habe. Chamberlain werde den Tod Curzons betauern, aber nicht bedauern, denn er werde jetzt freier sein, d. h. die alte Engherzigkeit Frankreichs gegenüber werde sich wieder stärker bemerkbar machen.

Chamberlain ist plötzlich heifer geworden, es wurde deshalb ungewiß, ob er über die Sicherheitsfrage im Unterhaus reden könne. Jedenfalls teilte der Rest von Stimme nicht aus, um über das deutsche Angebot nähere Angaben machen zu können.

Nach den Pariser Blättern hält Herrriot in seinen Weisungen an den Völkerverbund für die englische Regierung daran fest, daß kein vorläufiger Frieden geschlossen werden darf, bis die Rheinländer eine ständige französische Ueberwachungskommission eingeseht werde.

Der deutsche Charakter der Ostmark

In der lebhaften Erörterung über den Sicherheitsvertrag und die deutschen Anregungen dazu tritt die Frage der deutschen Grenzen mehr und mehr in den Vordergrund. Die historisch errichteten Polen besitzen nicht nur auf der vollen Unversehrtheit der Gemeingrenzen, die der Vertrag von Versailles und der Völkerverbund nach den Bestimmungen gezogen haben, sondern sie fordern darüber hinaus so schloß, wie es nur polnischer Größenwahn vermag, die Erfüllung ihrer letzten Großmachtziele. Drohungen mit einem Handreich auf Danzig nach dem beabsichtigten Warsauer Muster und werbliche Ansprüche auf Ostpreußen, wie sie die „Gazeta Warszawska“ jüngst erhob, bilden bisher den Höhepunkt eines planmäßigen Vorgehens.

Wenn auch die letzte Konferenz des Völkerverbunds und die von Frankreich mit durchgeführtem Eifer betriebene Verquickung mit Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund die Entschärfung über den Sicherheitsvertrag zunächst einmal hinauszögerten, um wir doch gut daran, uns selbst und die Welt immer wieder daran zu erinnern, welches Unrecht die Grenzführung im Osten bedeutet und wie deutlich die Art der Ostmark war.

Am ungenügsamsten muten uns die polnischen Ansprüche auf Ostpreußen an, da es in seiner geschichtlichen Vergangenheit keinerlei entscheidende Beziehungen zu Polen aufwies, das wirtschaftlich und kulturell ein völlig deutsches Land ist, und dessen im Regierungsbereich Allenstein wohnende Polen und vor allem Rosaren eine Abstammung schon deshalb nicht rechtfertigen konnten, weil sie nach ihrer Konfession und durch eine in siebenhundertjähriger Zusammengehörigkeit bewährte Gesinnung durchaus zu Deutschland zu rechnen waren. Das Abstimmungsresultat, das 97% v. H. deutsche Stimmen ergab, hat denn auch eine unumwiderrliche Sprache gesprochen. Der nördlichste Zipfel Ostpreußens aber, das vom deutschen Mutterlande losgerissene, zum Teil von Litauern bewohnte Memelgebiet, war deshalb als deutsch anzusprechen, weil es sich in seinem inneren Aufbau durchaus von den Gebieten Litauens jenseits der alten Grenze unterscheidet.

Auch Westpreußen ist durchaus deutsches Land. Der deutsche Ritterorden hat ihm seine Spuren für alle Zeiten untlöslich aufgedrückt. Von den rund 700 Jahren geschichtlichen Lebens dieses Gebiets gehören nur 300 der polnischen Herrschaft an, und die sind gleichbedeutend gewesen mit Zeiten politischen Tiefstands. Von der Bevölkerung sind nur 34,9 v. H. polnisch gewesen, darunter ein reichliches Fünftel Kasuben. In den Städten wohnen gar neben 83 v. H. Deutschen nur 17 v. H. Polen. Kennzeichnend das Weidwiesentum, das ja die Begehrtheit der Polen bezeichnerweise hauptsächlich angezogen hat, ist ganz überwiegend deutsch, und Danzig, der beherrschende Hafenplatz der Weidwiesemündung, ist heute noch trotz aller polnischen

Ueberschneidungen und Einbruchsoeruche, so deutsch, wie nur irgend eine andere Stadt in unserem Vaterland. Durch eine von der Neumark an der Reghe entlang bis über die Weidwiesel hinausreichende deutsche Landbrücke ist der natürliche Zusammenhang der Polen im Warthauer Gebiet und in Westpreußen unterbrochen. Noch härter als bei bloßer Berücksichtigung der Bevölkerungsoerhältnisse tritt aber die uns durch die Vorsehung des Korridors angetane Bergemwallung hervor, wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse betrachtet. Von dem ländlichen Grundbesitz der Provinz befanden sich vor der Vorsehung rund 76 v. H. in deutschen und nur 24 v. H. in polnischen Händen; in einigen den Polen zugewiesenen Gebieten war der polnische Grundbesitz 1914 gleich Null. Im Handel, Industrie, Gewerbe und Verkehr war die Ueberlegenheit noch erheblich größer als bei der Verteilung des Grundbesitzes, und das starke kulturelle Uebergewicht der Deutschen hatte ein kulturelles Eigenleben der Polen in Westpreußen trotz aller Bemühungen darum nur in höchst bescheidenem Maße ermöglicht.

In der ehemaligen Provinz Polen lagen die Verhältnisse in allen diesen Beziehungen allerdings weniger einseitig. Doch aber auch hier der 13. der 14. Millionen-Punkte nirgends ganz rein zur Anwendung kommen konnte, ergibt sich aus der Tatsache, daß die im Jahr 1910 gezählten 62 v. H. Polen und 38 v. H. Deutsche untrennbar durcheinander wohnen, wobei die Deutschen auch in den am stärksten polnischen Bezirken wirtschaftlich und kulturell führend waren. Befanden sich doch nach den letzten Vorkriegszählungen auch in der Provinz Polen von ländlichen Grundbesitz 47,8 v. H. in deutscher und nur 41,3 v. H. in polnischer Hand; beim städtischen Grundbesitz in Handel und Gewerbe, Industrie und Steuereinzahlung stieg der deutsche Anteil sogar bis auf 70 und mehr v. H. Die höheren Schulen der Provinz aber waren zu mehr als 75 v. H. von deutschen Schülern und Schülerinnen besetzt.

Was der Verlust der Ostprovinzen für unsere Volksernährung zu bedeuten hat, geht u. a. schon daraus hervor, daß Polen und Westpreußen, die nur 5,85 v. H. der Bevölkerung umfassen, im letzten Friedensjahr an Brottracht 14,3 v. H., an Getreide 13,8 v. H., an Kartoffeln 16,6 v. H., an Jucker 19,2 v. H. und an Hülsenfrüchten etwa 20 v. H. des deutschen Gesamtverbrauchs hervorbrachten. Diese gewaltige landwirtschaftliche Kulturleistung, die einem zum Teil recht mageren Boden abgerungen werden mußte, ist ganz überwiegend deutsches Werk. Wenn wir endlich berücksichtigen, daß uns die Abtretung von Gebieten zugemutet worden ist, die, wie Bromberg Stadt und Land, Kolmar, Garmianau, Wirsitz, Teile von Birnbaum, Melsitz und Bissa, bis zu 80 und mehr v. H. von Deutschen bewohnt waren, und daß der ganze Regierungsbezirk Bromberg, der bis auf Schönlanke abgetreten werden mußte, 1910 etwas über 50 v. H. Deutsche zählte, so ist damit erwiesen, daß die Ansprüche der Polen auch rein völkisch eine Bergewallung Deutschlands darstellen. Die uns aufgezwungene Grenzlinie im Osten zeigt denn auch aufs deutlichste, daß sie nicht nur durch die schloßlosen Ansprüche der Polen bestimmt worden ist, sondern daß man auch unbedingte geschichtliche, wirtschaftspolitische und militärische Gesichtspunkte zu ihrer Begründung herangezogen hat.

Welcher Mißbrauch mit solchen Gesichtspunkten getrieben worden ist beweist vor allem auch das Schicksal Oberschlesiens. Schon seit 1163 hat Oberschlesien rechtlich nicht mehr zu Polen gehört, und schon im 13. Jahrhundert hat es den Charakter eines deutschen Landes erhalten, die sogenannten Wasserpoten sind ein Mikrokosmos ohne eigene Schriftsprache und ohne eigene Kultur, das auch in seiner Gesinnung durchaus deutsch war, bis, seit 3 1/2 Jahrzehnten die großpolnische Hege langsam einen Wandel unter ihnen anbahnte. Bei solcher Lage das rohe Mehrheitsprinzip das Entscheidende sein zu lassen, widerspricht durchaus dem Geist der 14. Punkte. Die Anziehungskraft Oberschlesiens lag denn auch nicht in den 58 v. H. polnischer Bevölkerung, sondern in jenen gewaltigen Bodenschätzen des Landes, deren Erschließung fast reißlos ein Werk deutschen Kapitals und deutscher Anteiligkeit ist, während der Pole nur die rohe Arbeitstracht dazu gestellt hatte. Was Oberschlesien für unsere Volkswirtschaft bedeutete, zeigt die Tatsache, daß im letzten Friedensjahre dieses kolonialreiche Gebiet der Erde uns etwa 25 v. H. unserer Förderung lieferte, und seine industrielle Erzeugung den Wert von fast einer Goshmilliarde darstellte. Welch unmöglicher Zustand dadurch geschaffen worden ist, daß der Gewaltspruch des Völkerverbunds einen einseitigen wirtschaftlichen Organismus willkürlich durchschneiden hat, lehren uns die ober-schlesischen Geschicke der letzten vier Jahre.

Insgesamt hat die Grenzführung im Osten das herbeigerufen, was Wilson vermeiden wollte: neue Elemente der Demokratie und Wegnerchaft oder die Bewegung aller demartiger Elemente zu schaffen, die geeignet sind, den Frieden Europas und damit der Welt zu zerstören. Eines erscheint uns heute bei der Betrachtung unserer östlichen Grenzen jedenfalls sicher: nämlich, daß wir niemals auf den Anspruch verzichten können, den ja selbst die Völkerverbundsetzung ermöglicht, sie mit friedlichen Mitteln abzuändern.

Jarres zur „Verfassungspolitik“

Hamburg, 24. März. In einer Wahlerversammlung kam Dr. Jarres auf die gegen ihn im Wahlkampf gerichteten Angriffe zu sprechen, er habe, als der passive Widerstand aufgegeben wurde, eine „Verfassungspolitik“ betrieben, d. h. er habe das besetzte Gebiet opfern wollen. Jarres erklärte dazu:

„Als der passive Widerstand aufgegeben werden mußte, weil er über unsere materielle Kraft ging, haben die verantwortlichen Männer des Reichs und des Ruhrgebietes sich zusammengesetzt, um diejenige Lösung zu finden, die für das Vaterland die beste sei. Bei diesen Verhandlungen habe ich mit Nachdruck den Gedanken in den Vordergrund gestellt, daß jeder die Verpflichtung habe, die ihm richtig erscheinende Lösung vorzuschlagen, daß aber der Lösungsweg einmütig und unter freier Verantwortung gefunden werden müsse, daß es bei diesem Suchen nach dem richtigen Weg Gradunterschiede des nationalen Empfindens nicht geben dürfe. Das Ziel der französischen Politik ging ja offenbar dahin, die Bevölkerung des besetzten Gebietes, auch in ihren gut gesinneten Kreisen, die von der verbretterischen Sonderbunderei nichts wissen wollte, auf dem Weg der Freiwilligkeit zu der Staatsumformung zu bringen, die Frankreich im Gewaltweg zu erringen sich nicht getraute. So standen wir vor der ungeheuren Gefahr, daß einmal die finanzielle Unmöglichkeit, von Reichswegen die notwendigen Gelder auf die Dauer in das besetzte Gebiet zu schicken, auf der anderen Seite die Verzweiflung der Bevölkerung, zur Trennung des Rheinlands vom Reich führen konnte.“

Dem konnte meiner Meinung nach durch eine harte politische Tat entgegengetrieben werden. Die geeignete Grundlage dazu bot uns die von Deutschland leider viel zu wenig ausgewertete Curzon-Note der englischen Regierung vom August 1923, in der der Ruhrkrieg offen und klar als Bruch des Versailler Vertrags erklärt wurde. Unter Verweisung hierauf hatten wir nach meiner Ansicht den Verhandlungsmächten Frankreich und Belgien bekannt zu geben, daß wir uns solange diesen Mächten gegenüber vom dem Versailler Vertrag entbunden halten, als nicht wieder vertragliche und völkerrechtlich zuständige Zustände im besetzten Gebiet hergestellt seien.“

Ich war mir klar darüber, daß dieser Schritt schwere Opfer für das besetzte und unbesezte Gebiet bringen würde, hätte aber auch heute noch das, was dann gekommen wäre, nicht für schlimmer, als was auf dem sogenannten Verhandlungsweg über uns gekommen ist. Die von mir vertretene Politik hatte mit einer Preisgabe des besetzten Gebietes nichts zu tun. Bald darauf erlosch sich selber nur zu sehr die Wichtigkeit aller meiner Bestrebungen. So peinlich es mir ist, so darf doch bei den geüblichen Angriffen, die jetzt wegen der damaligen Rheinlandpolitik gegen mich und meine Freunde erhoben werden, nicht weiter verfahren werden, daß maßgebende Führer des rheinischen Zentrums und der rheinischen Demokratie, aus deren Kreisen die Angriffe gegen mich kommen, damals, in der kritischsten Zeit, sich nicht getraut haben, als den einzigen noch verbleibenden Lösungsweg Verhandlungen mit dem Feinde vorzuschlagen, bei denen die Zugehörigkeit des Rheinlandes zu ändern und zum Reich preisgegeben und ein selbständiger Staat außerhalb des Reichs vertraglich zugesichert werden sollte. Ich frage angesichts dieser Sachlage, wer Verfassungspolitik getrieben hat: Diejenigen, die am Ende ihrer Politik nur die Möglichkeit eines von Reich gelöstem autonomen Staats sahen, die bereit waren, in einer national unvernünftigen Schwäche um leichterem und bequemerem Gegenwärtigen willen die nationale Zukunft unseres Volks und der Rheinlande preiszugeben, oder wir, die wir mit harter politischer Tat, wenn auch unter vorübergehenden schweren Opfern, das Rheinland mit seiner Staats- und Reichszugehörigkeit sichern wollten.“

Die Aeroentriebe der damaligen juchzenden Tage ist Gott sei Dank glücklich überwunden. Der Kampf um den Rhein ist nach unserer Ueberzeugung zugunsten Deutschlands entschieden. Aber wir dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen. Zwischen der Stille der französischen Rheinlandpolitik und der Charaktdes Bolschewismus im Innern werden wir auch in Zukunft unser Staatschiff hindurchdenken müssen.

Neue Nachrichten

Keine außenpolitischen Entscheidungen vor der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 24. März. Reichskanzler Dr. Luther erklärt einigen Reichstagsabgeordneten gegenüber, die Reichsregierung könne bezüglich der verschiedenen außenpolitischen Fragen keine Beschlüsse fassen, ehe nicht die Wahl des Reichspräsidenten vollzogen sei.

Amerika will sich nicht einmischen

Berlin 24. März. Das auswärtige Amt hat den Inhalt des deutschen Sicherheitsvorschlags auch der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt und der Bitte, sich an dem Vertrag zu beteiligen, um ihn wirksamer zu machen. Die Regierung in Washington

von hat eine ablehnende Antwort gegeben. Merita könne sich nicht für die Sicherheit und die Grenzen eines europäischen Staats verbürgen; keinesfalls könne Präsident Coolidge in dieser Sache etwas ohne die Zustimmung des Kongresses unternehmen, der zurzeit vertagt sei und wegen dieser Angelegenheit nicht zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werde. — Eine derartige Antwort war doch wohl vorauszusetzen.

Das Pariser „Zeit Journal“ behauptet, in der Frage des Sicherheitsvorschlags sei ein Stillstand oder Rückschritt eingetreten. Die Beteiligten seien merklich kühl geworden. Frankreich werde jedenfalls auf seinen Bedingungen bestehen.

Der Alldeutsche Verband gegen Stresemann

Dresden, 24. März. Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbands hat in seiner hiesigen Tagung in einer scharfen Entschließung gegen die Außenpolitik Stresemanns Widerspruch erhoben, die deutsche Bande, die uns mit Hinterlist und Gewalt geraubt sind, durch schändliche Sicherheitsverträge preisgeben wolle. Von den vaterländischen Parteien werde erwartet, daß sie die Fortsetzung dieser Politik unmöglich machen und veranlassen, daß Stresemann vor den verfassungsmäßigen Staatsgerichtshof gestellt werde.

Vom Reichstag

Berlin, 24. März. Die Aussprache im Reichstag über die außenpolitische Lage und die Regierungserklärung wird nach einer Mitteilung des Reichsministers Dr. Stresemann an den Reichstagspräsidenten solange verschoben werden, bis die diplomatischen Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind.

Es verlautet, die englische Regierung habe durch ihren Botschafter in Berlin mitteilen lassen, Herriot sei nicht abgeneigt, einen genau ausgearbeiteten Plan zu dem deutschen Sicherheitsangebot zu prüfen. Es soll weiter angefragt worden sein, ob die Reichsregierung bereit sei, einen derartigen Plan vorzulegen.

Paris, 24. März. Das „Echo de Paris“ schreibt, in Oesterreich spiele man noch immer mit dem Gedanken eines Anschlusses an Deutschland, in der Meinung, hiedurch aus den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszukommen. Oesterreich könne sich noch nicht damit abfinden, seine große geschichtliche Ueberlieferung in den engen Kreis eines Schweizer Kantons einzuschließen. Es werde Oesterreich aber nichts nützen, wenn es etwa England gegen die vor sechs Jahren von allen Verbündeten erteilten Beschlässe gewinne, wenn auch die Londoner Bankiers anderer Ansicht sein sollten. Die Konferenz des Kleinen Verbands, die demnächst zusammentritt, werde Vorkehrungen gegen die „Gefahr“ des Anschlusses ins Auge zu fassen haben.

Hellpach am Donnerstag in Berlin.

Berlin, 24. März. Staatspräsident Dr. Hellpach wird dem Berliner Tagblatt zufolge am Donnerstag, 26. März, abends in einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei im Sportpalast sprechen.

Am selben Tag spricht Reichswehrminister Dr. Seeckt für die Kandidatur Hellpach in Stuttgart im Stadtparksaal.

Umfragekammerermäßigung.

Berlin, 24. März. Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, den Satz der allgemeinen Umfragekammer mit sofortiger Wirkung auf ein halbes Prozent herabzusetzen.

Württemberg

Stuttgart, 24. März. Vom Landtag. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Nachricht, daß der Finanzausschuß am kommenden Mittwoch zusammentrete, um mit der Beratung der Änderung des Besoldungsgesetzes zu beginnen, entspricht nicht den Tatsachen.

Würt. Städtetag. Der Würt. Städtetag beschäftigte sich in einer in der abgelaufenen Woche abgehaltenen Vorstandssitzung eingehend mit den zurzeit schwebenden Schulfragen (Stundentafeln, Kursstunde usw.) und mit einschneidenden Fragen der neuen Steuererhebung. Der Vorstand sprach sich gegen eine noch mehr betonte Verschiedenartigkeit der Schulen aus, ebenso gegen die Schaffung einer Begabtenklasse. Die Durchführung einer dritten Turnstunde ist nicht nur bei den höheren Schulen, sondern auch bei Volks- und Mittelschulen wünschenswert. Die Kursstunde (Zusammenführung des gesamten Unterrichts auf die Vormittagsstunden) solle wegen der damit verbundenen Gefahr körperlicher und geistiger Schädigungen der Schüler nur da eingeführt werden, wo die besonders günstigen Verhältnisse (weite Schulwege und dergl.) dafür sprechen und die Einführung gestattet. Eine Notwendigkeit dafür, daß für den Werkunterricht jede Schulgattung bzw. jedes Schulhaus eine eigene Werkstätte erhalte, ist nicht zuzulassen. Die Bestrebungen der Frauerverbände nach Einrichtung hauswirtschaftlicher Berufsschulen bedürftest der Städtetag. Die zweijährige Handelsschule soll womöglich in allen Städten eingeführt werden. Entschiedenem Einspruch erhebt der Vorstand des Städtetags dagegen, daß der staatliche Anteil an den Lehrerbeförderungen für neue Klassen, deren Notwendigkeit nicht bestritten ist, neuerdings den Gemeinden zugeschoben werden will mit der Begründung, im staatlichen Haushaltsplan stehen dafür keine Mittel zur Verfügung.

Illenlingen, 24. März. Späte Verhaftung. Im Jahr 1919 wurde die Gemeinde von einer Einbrecherbande schwer heimgesucht; alles, was nicht niert und nagelfest war, wurde mitgenommen. Durch die Festnahme des Räubersführers Friedr. Breining von hier, der sich seit sechs Jahren verdeckt gehalten hat, wird jetzt wohl noch manches ans Tageslicht kommen.

Wandauern, 24. März. Unglücksfall. Der in der Zementfabrik beschäftigte 46 Jahre alte Arbeiter Joh. Fint von Gerhausen wurde vom Schwungrad der 500pferdigen Gasmotormaschine getroffen. Er war sofort bewußtlos und starb in der folgenden Nacht.

Stimmzettel für die Reichspräsidenten-Wahl am 29. März 1925

Table with 2 columns: Name and Position, and a circle for voting. Candidates include Otto Braun, Dr. Heinrich Held, Dr. Willi Hellpach, Dr. Karl Jarres, Erich Lubendorff, Wilhelm Marx, and Ernst Thälmann.

schleift. Erst nachdem man das Pferd angehalten hatte, konnte der Berunglückte aus seiner Lage befreit werden. Bewußtlos wurde er ins Hausacher Krankenhaus eingeliefert.

Bergatreute, Olt. Waldsee, 24. März. Brand. Samstag abend brach im Wohnhause des Tagelöhners Martin Jung ein Brand aus, der auf Kurzschluss zurückgeführt wird. Der Schaden an Mobiliar ist durch die Versicherung gedeckt.

Friedrichshafen, 24. März. Besichtigung. Die Kofferwerkstätte in Börsental ist durch Brauereibesitzer August Hofer in Haslach, Olt. Teitnang, erworben worden.

Halgertshof, 23. März. Die Madonna von Halgertshof. Der preussische Kultusminister hat genehmigt, daß das vielumstrittene Bild „Madonna von Halgertshof“ als Leihgabe in das Landesmuseum auf den Jollern kommt.

Schramberg, 23. März. Unfall beim Schneeballenwerfen. Beim Schneeballenwerfen zwischen Schülern traf ein Gemeindeführer den 12jährigen Volksschüler Hugo Kopp so unglücklich ins Auge, daß es verloren sein dürfte.

Schramberg, 23. März. Aus der Uhrenindustrie. Zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten in der Schwarzwälder Uhrenindustrie sollen am 24. März vor dem Schlichtungsausschuß in Donaueschingen Verhandlungen stattfinden.

Das Pferd des Bauern Gutmann von Hausach-Dorf scheute und rannte mit dem Wagen davon. Gutmann fiel vom Wagen, blieb mit einem Fuß in der Kette der Vorderbremse hängen und wurde mehrere hundert Meter weit geschleift.

Großsachsenheim Olt. Baihingen, 24. März. Ueberfall. Am Samstag abend mußte ein Fräulein, das mit dem Abendzug von Frankfurt kam, nach Oberriexingen gehen. Da es schon dunkel war, war es froh, daß des Wegs auch eine männliche Person kam und es nicht allein auf dem Wege war. Der Begleiter hielt sich jedoch immer dicht hinter ihm. Als sie an dem Großsachsenheimer Wald vorbei waren, kam er rasch auf das Fräulein zu, verletzete ihn einen kräftigen Schlag ins Gesicht und entriß ihm die Handtasche, die den mehronatlichen Lohn, sowie etwas Wäsche enthielt. Der Täter entkam unerkannt.

Ulm, 24. März. Rindstörung. Wegen fahrloser Tötung ihres neugeborenen Kindes wurde die 20jährige ledige unbescholtene Fabrikarbeiterin Maria Seng in Kleinsingen vom Schwurgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Auf der Straße nach Böhringen Olt. Neu-Ulm ist ein Personentransportwagen in Brand geraten und völlig verbrannt.

Dielenheim, Olt. Laupheim, 24. März. Besichtigung. Das hiesige Postgebäude, dessen bisheriger Eigentümer Kreuzwirt L. Rembold war, ist samt Gartend 24.500 Mark an die Deutsche Reichspost veräußert worden.

Reichbierlingen, Olt. Ehingen, 24. März. Landung mit Hindernissen. Hier landete ein Luftballon, dem vier Insassen entstiegen. Sie kamen von Augsburg her, hatten bis 2000 Meter Höhe erreicht und auf der Fahrt wissenschaftliche Beobachtungen unternommen. Durch die Landung kam der Ballon mit Elektrizitätsdrähten in Berührung, so daß Stromschläge eintraten. Ferner wurde am Gehöft zur „Traube“ ein Kamindeckel abgehoben. Die Ballonführer erklärten aber, für alle Schäden aufkommen zu wollen.

Vom Bodensee, 24. März. Mord oder Unfall? In Heilgenberg wurde Sonntag abend der Besitzer des Buchhofs namens Schöler im Stalle tot aufgefunden. Während die einen aus der Tatsache, daß in der Nähe Patronenhäfen lagen, auf Mord schließen, wird von anderer Seite berichtet, daß Schöler von einer Kuh so heftig an die Schläfe gestriekt wurde, daß er sofort tot war.

Aus Stadt und Land.

Magold, den 25. März 1925.

Das Schicksal gewährt uns unsere Wünsche, aber auf keine Weise, um und etwas über unsere Wünsche geben zu können. Goethe.

Ergebnis der diesjährigen Schlußprüfung (früheren Einjährigprüfung) von der hiesigen Latein und Real-schule aus. Von der VI. Kl. de. Varem u. Realschule Magold aus haben 3 Latin- und 14 Realschüler, zus. 17 die Schluß-(Einjährig-)Prüfung erfolgreich bestanden, und zwar mit der Gesamtnote sehr gut: 1, gut: 2, befriedigend: 9, genügend: 5. Die Namen der Prüflinge sind: Willi Brückinger Magold, Eustache Reisinger Magold, Walter Volmer Magold, Hermann Gauß Magold, Hermann Gauselant Hochdorf, Gotthold Hoch-Spitzberg, Friedrich Hehler-Altenreith, Otto Heß Magold, Walter Köhler Magold, Hans Müng-Magold, Rati Kauf-

Magold, Karl Reibert Magold, Rudolf und Wilhelm Seidel-Eckhausen, Edwin Seidel Magold, Gertel Taimon-Gros Eckhausen, Otto Vogt-Hochdorf. Das Gesamtergebnis ist ebenfalls erfreulich wie das im Vorjahre.

Wahlerversammlung. Die Sozialdemokratische Partei hatte auf gestern abend 7 Uhr — schon am 7 Uhr, früher mit Rücksicht auf die hiesigen lokalen Verhältnisse, denn der Rechner kam erst mit dem 7.24 Uhr Zug in Magold an und begann mit seinem Referat etwa um 8 Uhr — zu einer öffentlichen Versammlung im Traubenlaai eingeladen, wo Herr Landtagsabgeordneter D. Schumacher über „Die Sozialdemokratie und die Reichspräsidentenwahl“ sprach. Der Besuch der Versammlung war schwach und Herr Jig wohl nicht in seiner kurzen Begrüßungsansprache, daß dies offensichtlich kein Zeichen von Wohlwolligkeit sei. Hierauf ergriff der Referent das Wort und gedachte in kurzer, scharfer und gewandter Weise die Verhältnisse unserer einstigen Monarchie zu unserer jetzigen Republik, die er als Konstantinowitsch der abgewirklichten Monarchie, die im Zustand ihr Schicksal im Laufen habe, bezeichnete. Unsere Republik sei kein Erfolg der Anstrengungen der Demokratie, sondern eine Geburt auf G und des schwächlichen Verfalls des Kampfes durch die Gegner. Daß unter solchen Umständen Schwierigkeiten seit der republikanischen Staatsform entstehen mußten, ist annehmbar. Zudem ist die Republik nach wie vor für die Willensübergebung des Volkes und das Verfehlen des Staats-schiffes durch Schwereigkeiten hindurch die am meisten soziale Staatsform.

In kurzen Worten gekennetete der Referent ein Bild von den vertragenen Befugnissen des Reichspräsidenten, die größte sind als die eines Monarchen in einem Staat (Ergänzung, Befehl) und nahm dann sofort Stellung zur Reichspräsidentenwahl.

Referent bezeichnete Herr Schumacher als einen nicht zu unterschätzenden Gegner, Thälmann samt der kommunistischen Partei als nicht nennenswert und als so ziemlich abgewirksam, die Aufstellung Ludendorff als einen Schachzug im eigenen Lager der Deutschvölkischen gegen ihn selbst. Jarres selbst ist als Mensch zu schätzen, daß er mit den Weiden, die er während des Krieges erwarben, und mit seiner sehr guten Leistungen als Oberbürgermeister von Dautberg Wahlpropaganda getrieben wird, ist von selbst Laufende von Sozialdemokraten haben am Rhein und Ruhr vorüber und noch mehr getrieben und viele andere Deutsche gemeinlich das gleiche getrieben. Richtige Politiker mit Verstand müssen wir haben, die nicht eine Verfassungsreform betreiben wie Jarres, die mit keinem einzigen Anspruch begnügt ist: Wir werden eben die Rheinlande auf 10—20 Jahre aufgeben müssen, um sie in 20 Jahren mit den 5 Jonaetten wieder zu haben.“ Jarres der verlassene Monarchist mit seinen Anhängern zur Reichspräsidentenwahl über Otto Braun, der über die preussische Ministerpräsidenten gestellt wird. Er hat die Republik als die einzige Staatsform erkannt. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nur durch sie werden, da die Verfassung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die soziale Kontrolle, die das System der Demokratie gewährt. Der Sozialist wird nicht stigmatisiert und wird nicht behandelt, was Anstoß zu Diskussion mit Herrn Gemütsheiliger Jener gibt. Herr Schumacher gibt zu, daß wohl Komplexionen schreiben leitende sozialdemokratische Parteimitglieder für Dautberg gemacht wurden, daß aber die Schwärzung der Rede dazu, die Fiktion der Reichspräsidentenwahl immer noch Sache der Diskussion der einzelnen Geldinstitute gewesen sei und diese habe großenteils aus dem Reich entnommen bestanden.

Die Schwere der Ruhrbede dort unter keinen Umständen durch den Verarmungsal vermindert werden. Mit einem Appell für Braun schloß der Redner den Abend.

Auf die 15 jähren Präsidentschaftskandidatur ging der Referent, trotzdem dies in der Diskussion zum Ausdruck gebracht wurde, nicht ein. Wohin die Damm sicher nimmt neben den anderen Parteien auch die Sozialdemokratie den ersten Wohlstand nicht so sehr ernstlich und rechnet eben auch mit dem zweiten, und natürlich kann unter diesen Umständen noch kein Urteil über einen Kandidaten von Parteien gefällt werden, die im zweiten Wahlgang zu den Koalitionseunden zählen.

Hunde-Dressurverein. Laut Bericht vom 22. März im Woch. z. Anst. beabsichtigt der Verein im Laufe dieses Jahres eine Dressurvorführung abzuhalten. Anmeldungen der teilnehmenden Mitglieder des Vereins müssen spätestens innerhalb 8 Tagen bei J. Brezina, Magold, Pettenbergstr. gemacht werden, wo auch näheres Näheres zu ermitteln ist. Interessenten für die Dressur, die noch nicht Mitglied des Vereins sind, wollen sich ebenfalls an J. Brezina und J. Stottele, Magold wenden.

Auswertung von Pfandbriefen. Auf Grund der dritten Steuerordnung in Verbindung mit der dritten Durchführungsvorschrift kann der Besitzer von solchen Pfandbriefen, welche er selbst oder sein Ehegatte im Umtausch gegen andere Pfandbriefe erhalten hat, verlangen, daß bei der Auswertung seiner Pfandbriefe der Goldmarkbetrag der von ihm im Umtausch gegebenen Pfandbriefe beibehalten wird. Eine Verzichtserklärung findet jedoch nur statt, wenn ein entsprechendes Verlangen bis zum 31. März 1925 bei der beizufordern Hypothekendarstellung gestellt worden ist.

Der neue Lohnsatz bei der Reichspost. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnvertrags für die Arbeiter der deutschen Reichspost haben gestern zu einer Vereinbarung mit den vertragsschließenden Organisationen geführt. Die Löhne werden danach für alle über 24 Jahre alten männlichen Arbeiter in allen Ortsklassen, -gruppen und -gebieten um je drei Pfennige pro Stunde erhöht werden. Das Lohnabkommen gilt bis einschließlich 30. Juni 1925, wonach eine monatliche Kündigungsfreistellung eintritt. Die Forderung der Arbeitnehmer auf Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit wurde abgelehnt.

Landes-Möbelausstellung. Der Schreinermeister-Verein für Württemberg und Hohenzollern zeigt in einer Ausstellung (in den Ausstellungsräumen gegenüber dem Landesgewerbemuseum) die Leistungsfähigkeit der kleineren und mittleren Betriebe des einheimischen Schreinerhandwerks. Die Möbelausstellung umfaßt 25 vollständig ausgestattete Zimmer, sie dauert bis Mitte Juli.

...ars für etlichigt bei Verfassungsbekanntnis für meldung zu bei der Ver gemerbenaußer

Verpflichtung Nach einer Staatskrankheit das tägliche in der ersten Maße 4.50

Bomben Zeit hat der in-ter G-m-ten den Ver- Raft, 82 J.

Bollmar fanden sich in Krone aufammen int. akti- ten sich in te Berein heute führung der Lage, am 3. mit Beschlüssen den Herren G- direktor Ver- zählende An- weiter Zufas- bristiqua t- nicht etwas 3- 1918 mit D-

Horb, 24. ging in den Meger, über 24 im Juli

Freuden Schwarz w- englische Sta- Jahre des 1- weicher Zeit- bier im Sam- der dama 3- feiler, eben-

Kleine Die Bäl- jhmung d- Normordn- gebäude auf- Knoscht gen- Bronzebüste- nicht gefast- kaufes sich- Kund gegen D-

Die Hoff- Berliner Bl- Stimmbezir- Wahl ist all-

Eine rüf- dort eine- ganzen Weg- hat hatte.

Eine Ric- jergelt von- im Dettin- die Passauer- wöllig neu g- 170 klingel-

Deutsche zu seinem- pol in jeder- Hepperboot- 18 Kg. schw- Stück und- solge seiner- dene Vortel- Wasserwand- auf deutsche- dienie die G- wenigen U- können dem- wertvolle.

Der Jap- Fahrt nach- Landung von- Regenwetter- Zweifel in ge- dienst norm-

Di- werden wege- 1925 auf G- tung Hingen- Den 17-

1897 4-5 3in Sägew-

